

Junge Union Dortmund

info@ju-dortmund.de <http://www.ju-dortmund.de>

Grundsatzprogramm der Jungen Union Dortmund

Gliederung

- I. Dortmund – Unsere Heimat
 - a. Strukturwandel
 - b. 65 Jahre Sozialismus sind genug
 - c. Stadtfinanzen
 - d. Modernes Stadtleben
- II. Bildung – Fundament für die Zukunft
 - a. Kindergarten
 - b. Schule
 - c. Ausbildung und Studium
- III. Gesellschaft – Chancen und Herausforderungen
 - a. Erhalt unserer Sprache
 - b. Integrationspflicht
 - c. Religion
 - d. Gleichberechtigung der Geschlechter

Präambel

Die Junge Union Dortmund (JU) ist die konservative Kraft junger Menschen in unserer Stadt. Als Jugendorganisation der CDU stehen wir für christliche Werte und treten für die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie die soziale Marktwirtschaft ein.

Wir bekennen uns offen und deutlich zur deutschen Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung. Ohne zu vergessen, leben wir Patriotismus.

Unter dem Leitmotiv „Jugendpolitik ist Zukunftspolitik“ vertreten wir als Sprachrohr der Jugend ihre Interessen innerhalb unserer Mutterpartei und auch darüber hinaus in diversen städtischen Gremien. Die Junge Union lebt von der aktiven Teilnahme ihrer Mitglieder und fordert sie dazu auf, die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Unsere politische Arbeit basiert auf folgenden Grundsätzen:

I. Dortmund – Unsere Heimat

a) Strukturwandel

Noch heute spürt Dortmund die Auswirkungen des Endes von „Kohle, Stahl und Bier“. Der Wandel hin zu einem Hochtechnologie- und Dienstleistungsstandort ist eingeleitet und bietet aus unserer Sicht die Chance auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft Dortmunds. Dieser Prozess muss kontinuierlich begleitet und gefördert werden. Wir fordern deshalb mit Nachdruck, dass Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen, vorhandene Ressourcen sinnvoller nutzen und verstärkt die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze verbessern. Ein weiterer Ausbau des Hochtechnologie- und Industriestandorts Dortmund, insbesondere mit Blick auf die Potenziale der „Industrie 4.0“, ist daher unerlässlich. Die Instandhaltung und Erweiterung der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur ist erforderlich, um Dortmunds Standortvorteile zu sichern und auszubauen. Gleichmaßen fordern wir hinreichende Anreize für den Mittelstand zu gewährleisten, um dort Ausbildungs- und Arbeitsplätze, vor allem im Handwerk, zu schaffen.

b) 65 Jahre Sozialismus sind genug

Seit Jahrzehnten beanspruchen die SPD-Genossen Dortmund nach Gutsherrenart für sich. Dies äußert sich in selbstherrlichen Alleingängen, dem Ablehnen von Verantwortung für begangene Fehler, sowie ignoranter Politik fernab der Interessen der Dortmunder Bürger. Auch die Grünen entlassen wir hierbei nicht aus der Verantwortung.

Die Folgen dieser Politik sind verheerend und für jeden sichtbar: Hohe Arbeitslosigkeit, gescheiterte Integration, sowie miserable und kommunalrechtswidrige Stadtfinanzen. Als politisch Engagierte sehen wir das Erstarken von Rechts- und Linksextremismus sowie die entstandene Politikverdrossenheit mit Besorgnis. Die JU Dortmund setzt sich für einen nachhaltig angelegten politischen Neubeginn mit allen bürgerlichen Kräften für das Wohl der Dortmunder Bürger ein.

c) Stadtfinanzen

Die Finanzlage der Stadt Dortmund ist katastrophal. Die JU Dortmund fordert einen strikten Sparkurs, um eine generationengerechte Finanzpolitik zu ermöglichen. Im Bewusstsein, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, soll die Stadt Dortmund sinnlose Leuchtturmprojekte künftig unterlassen. Stattdessen sollte primär in Bildung und damit in die Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürger investiert werden.

Um eine Entschuldung zu erreichen, soll sorgfältig geprüft werden, ob eventuelle Privatisierungen städtischer Betriebe einen wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt sowie für das Unternehmen bringen. Ideologische Denkverbote in diesem Bereich lehnt die JU Dortmund strikt ab.

d) Modernes Stadtleben

Ein lebendiges und vielfältiges Stadtleben ist für eine Großstadt wie Dortmund unverzichtbar und trägt erheblich zur Attraktivität als Wohnort und zu einer positiven Außenwirkung bei. Wir setzen uns dafür ein, dass wieder eine moderne, abwechslungsreiche Gastronomie- und Kulturszene in unserer Stadt entsteht, die auch überregional Beachtung findet. Hierzu bedarf es einer Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs, bezüglich der Fahrtzeiten und Konnektivität, sowie eines flächendeckenden kostenlosen Internetzugangs. Ebenso wichtig sind attraktive und vielfältige Sport- und Freizeitangebote, die auch vom Land, dem Bund, seinen Institutionen und den Verbänden gefördert und ausgebaut werden sollten. Hierbei entlassen wir nicht die Stadt aus ihrer Pflicht zur Modernisierung von Sportstätten.

II. Bildung – Fundament für die Zukunft

a) Kindergarten

Aus der Sicht der JU Dortmund leistet der Kindergarten einen erheblichen Beitrag zur kindlichen Bildung. Dieser äußert sich vor allen Dingen in der Herausbildung von Sozialkompetenzen, die das Zusammenleben und das Lernen in unserer Gesellschaft ermöglichen. Deshalb ist es wünschenswert, dass jedes Kindes mindestens ein Jahr einen Kindergarten besucht.

Die von Rot-Grün abgeschafften verbindlichen Sprachstandserhebungen wären ein geeignetes Instrument, etwaige Defizite in der sprachlichen Entwicklung frühzeitig zu erkennen und zum Wohle der Kinder zu beheben. Kindgerechte Sportangebote sollten vom Land, dem Bund und seinen Institutionen ausgebaut und gefördert werden.

b) Schule

Dortmunds Zukunft liegt in den Köpfen der Kinder – gerade in Bildung muss mehr investiert werden. Die JU Dortmund sieht eine Notwendigkeit darin, die Anzahl der Schulen und deren Standortwahl dem demographischen Wandel anzupassen. Es besteht die Chance in kleineren Klassen einen effektiveren Unterricht zu gestalten. Eine Klassenstärke von ca. 20 Schülern ist anzustreben.

Die JU Dortmund betrachtet das gegliederte Schulsystem weiterhin als das grundsätzlich richtige Konzept. Um möglichen lokalen Herausforderungen begegnen zu können, wünschen wir uns allerdings eine größere Flexibilität in der Ausgestaltung dieses Systems. Die flächendeckende Einrichtung von Sekundarschulen in Dortmund wird von uns strikt abgelehnt. Solche schulpolitische Experimente in Form von Einheitsschulen lehnt die JU Dortmund strikt ab.

c) Ausbildung und Studium

Die JU hält es für dringend erforderlich, dass einer Berufsausbildung höhere Wertschätzung entgegengebracht wird. Nur so kann auch eine fundierte Schulausbildung an der Hauptschule aufgewertet werden.

In jeder Schulform sollen Werte vermittelt werden, die für das erfolgreiche Bestehen einer Berufsausbildung unerlässlich sind. Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin und Zuverlässigkeit sind Grundvoraussetzungen im beruflichen Leben. Unternehmen und Betriebe sollten auch vermeintlich leistungsschwächeren Schülern mit gutem Arbeits- und Sozialverhalten eine Möglichkeit geben, sich zu beweisen. Die JU fordert Unternehmen auf zu überdenken, welcher Schulabschluss für die jeweilige Ausbildung notwendig ist.

Die JU erkennt an, dass Studienbeiträge wichtig sind, um die materielle Ausstattung der Universitäten zu verbessern und um weitere unterstützende Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der universitären Ausbildung, wie z. B. Tutorien, zu ermöglichen. Wir fordern unsere Landesregierung vehement auf, ihrer Verantwortung in der Bildungspolitik nachzukommen und für gute Zukunftschancen der Studierenden zu sorgen. Hierzu gehört die primäre Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel für die Lehre und eine angemessene universitäre Infrastruktur, denn Studieren ohne Platzmangel ist das Recht eines jeden Studenten.

Die leistungsgebundene Förderung in Form von Stipendien muss weiter ausgebaut werden. Des Weiteren ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Studium dringend notwendig und erfordert eine Erweiterung der universitären Kinderbetreuung, sowie Unterstützung durch finanzielle Zuwendungen.

III. Gesellschaft – Chancen und Herausforderungen

a) Erhalt unserer Sprache

Deutsch ist unsere Landessprache. Deutsch ist die Sprache Goethes und Schillers. Die JU Dortmund setzt sich dafür ein, dass unsere Sprache im öffentlichen Raum gesprochen wird. Als lebendige Sprache entwickelt sich Deutsch selbstverständlich dynamisch weiter - einer beinahe schon hysterisch anmutenden Anglisierung stehen wir allerdings kritisch gegenüber. Öffentliche Einrichtungen und Institutionen sollen konsequent Wert auf die Verwendung deutscher Begriffe legen. Jegliche politisch motivierten Änderungen an unserer Sprache lehnen wir ab.

In der Sprachvermittlung betrachten wir Methoden wie „Schreiben nach Gehör“ als grundsätzlich falschen Ansatz. Unsere Sprache sollte von Anfang an korrekt vermittelt werden.

b) Integrationspflicht

Die JU Dortmund sieht eine gelungene Integration als absolute Notwendigkeit eines zukunftsfähigen Miteinanders an. Die Gesellschaft ist aufgefordert Integration anzuerkennen und bei Bedarf Unterstützung zu leisten. Die Menschen mit Zuwanderungshintergrund müssen die freiheitlich demokratische Grundordnung bedingungslos anerkennen, respektieren und danach leben. Andere Werteordnungen sind eine willkommene Bereicherung, solange sie nicht im Konflikt mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Daneben besteht selbstverständlich eine Pflicht, die deutsche Sprache zu beherrschen, um sich ohne Schwierigkeiten im Alltag und insbesondere im Berufsleben zu behaupten. Unerlässlich sind darüber hinaus Kenntnisse der deutschen Geschichte und Kultur.

Parallelgesellschaften, wie sie in manchen Dortmunder Stadtvierteln bestehen und durch die rot-grüne Kultur des Wegsehens gefördert werden, wirken extrem integrationshemmend.

c) Religion

Das Christentum gibt uns ein starkes Wertefundament, welches für uns identitätsstiftend ist und die Leitlinien unseres Handelns bestimmt. Die JU Dortmund setzt sich dafür ein, dass die Kirche einen öffentlichen Platz in der Gesellschaft behält.

Glaubensstätten anderer Religionen steht die JU grundsätzlich positiv gegenüber, sofern sie ebenso öffentlich zugänglich sind und sich in Umgebung und Gesellschaft integrieren.

d) Gleichberechtigung der Geschlechter

Die JU ist der Überzeugung, dass allein die persönliche Qualifikation bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, politischen Ämtern o. ä. entscheiden sollte. Quoten erachten wir nicht als geeignetes Instrument der Frauenförderung. Vielmehr ist zu überlegen, inwiefern für Frauen und Männer Anreize geschaffen werden können, sich für Berufe und Positionen zu bewerben, die nicht dem klassischen Rollenbild entsprechen. Es muss dabei sowohl über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert werden, als auch über die Wertschätzung von Berufen im sozialen Bereich. Geschlechterspezifische Entlohnungsdisparitäten gilt es zu beseitigen. Nur so lässt sich echte Gleichberechtigung verwirklichen.

Historie:

Beschlossen auf der Kreisversammlung am 08.10.2010

Geändert auf der Kreisversammlung am 19.05.2015